

Danziger Zeitung.

No 15064.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherbaggergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 Mk. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1885.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Riel, 2. Februar. (Privattelegramm.) Der Stapellauf der Kreuzercorvette G findet am 7. Febr. statt. Der Tausch wird Prinz Wilhelm von Preußen vollziehen.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Newyork, 31. Januar. Die Abnahme der Staatsschuld der Vereinigten Staaten im Monat Januar d. J. wird auf 7 Millionen veranschlagt. — In Pittsburg hat eine Gasexplosion stattgefunden, durch welche mehrere Häuser beschädigt und mehrere Personen getödtet oder verwundet wurden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 2. Februar.

Der schon gestern telegraphisch signalisirte Anruf gegen die Kornzölle lautet folgendermaßen:

Anruf!

Das wichtigste, auch für den Armen unentbehrliche, Nahrungsmittel, das Brod, ist abermals von einer künstlichen Vertheuerung bedroht. Zu Gunsten einer Minderzahl von Getreideproduzenten, die mehr Getreide ernten, als sie für sich und ihre Familie verbrauchen, soll die breite Masse der Bevölkerung zu einer Kopfsteuer herangezogen werden, die in ihrem Gesamtbetrage weit höher wäre als irgend eine andere der bestehenden Steuern. Diese Begünstigung Weniger auf Kosten der Gesamtheit würde mit besonderer Schwere die Arbeiterbevölkerung treffen, der deutschen Industrie den Wettkampf mit anderen Ländern erschweren, den sozialen Frieden aufs tiefste bedrohen und auch der deutschen Landwirtschaft selbst theils directen Nachtheil, theils nur einen vorübergehenden, die gesunde Entwicklung führenden Nutzen bringen.

Von der Reichsregierung ist bereits der Antrag gestellt worden, die bestehenden Getreidezölle zu verdoppeln bezw. zu verdreifachen. Die abernieder agrarische Agitation und die Zusammenfassung des Reichstags rechtfertigen die Befürchtung, daß die vorgeschlagenen Zölle in der Volksvertretung angenommen oder gar noch weiter erhöht werden, wenn nicht aus allen dadurch bedrohten Kreisen des deutschen Volks sich ein einmüthiger Widerstand erhebt.

Die Unterzeichneten sind anlässlich des Beschlusses der großen deutsch-freiwüthigen Berliner Wählerversammlung vom 29. Januar 1885 zu einem Comité aufgenommen worden und haben eine Centralstelle errichtet, welche bestimmt ist, für alle Abwehr-Bestrebungen den notwendigen Mittelpunkt zu bilden. Wir werden bemüht sein, von hier aus durch Verbreitung von belehrenden Schriften und Flugblättern, sowie durch Veranstaltung von Versammlungen überall im Reiche den Widerstand gegen die Erhöhung der Getreidezölle nach Kräften zu fördern.

Alle Anfragen und Mittheilungen wolle man an den mitunterzeichneten Dr. Th. Barth (Berlin W., Thiergartenstraße 37) richten. Zur Defung der entstehenden Kosten bitten wir dringend um freiwillige Beisteuern, zu deren Entgegennahme der Reichstagsabgeordnete Broemel (Berlin W., Derfflingerstraße 23), sowie jeder der Unterzeichneten bereit ist.

Aber nicht allein an die Parteigenossen, an alle deutschen Mitbürger, welche die unermesslichen Väterlande drohende Gefahr richtig würdigen, ergeht unser Ruf, sich an dem energischen Widerstande gegen die geplante verderbliche Maßregel zu betheiligen. Unsere Centralstelle wird dabei Allen, ohne Rücksicht auf die politische Partein Stellung, bereitwillig ihre Unterstützung gewähren. Berlin, den 1. Februar 1885.

Das deutsch-freiwüthige Comité

zur Bekämpfung höherer Getreidezölle.
Dr. D. Hermes (Unter den Linden 68a). L. Abg. Andréas (Wilhelmsstr. 100). Director Cuno (Ritterstr. 43). L. Abg. Dr. Strakmann (Wallnertheaterstr. 39). L. Abg. H. Hermes (Neue Promenade 3). Kaufmann G. Pismann (Goldinerstr. 30). L. Abg. Dr. L. Bamberger (Margarethenstr. 18). Dr. Th. Barth (Thiergartenstr. 37). L. Abg. W. Broemel (Derfflingerstr. 23 III). Gürtler W. Gansert (Alexandrinenstr. 109). Defonomiarth Hausburg (Centralviehhof). St. B. W. Heilmann (Dramenburgerstr. 3). Buchhändler Krebs (Stallreiberstr. 55). St. B. und Klempnermeister Vangerbucher (Grenadierstr. 8). St. B. W. Leddihn (Gartenstr. 24). L. Abg. L. Loewe (Hollmannstr. 33). St. B. Loewe (Ritterstr. 5). Fabrikant Lubenow (Votringstr. 44). Oberlehrer F. Müller (Invalidenstr. 109). L. Abg. Nicker (Thiergartenstr. 37). L. Abg. und Rittergutsbesitzer Rohland. Kaufmann Max Schulz (Friedenstr. 94). Fabrikbesitzer A. Stephan (Schlesierstr. 38). Kaufmann E. Thias (Brunnenstraße 136). L. Abg. u. Hofbesitzer Thomsen. L. Abg. R. Birchom (Schillingstr. 10). Schuhmachermeister Weidemann (Spittelmarkt 7). Carl Weinstein (Wolgastgasse, Dramenburgerstr. 62-63). Gewerkschafts-Schriftführer L. Wulff (Tempelplatz, Dorfir. 2).

Nachdem am Sonnabend im Reichstage die Vorlage über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter an eine Commission verwiesen war, kam es zu einer ausgedehnten Auseinandersetzung über die Ausführung des Socialistengesetzes. Früher sah man den bei dieser Gelegenheit sich entzündenden Debatten immer mit großer Spannung entgegen. Diesmal war jedoch nichts von lebhaftem Interesse zu verspüren. Die Bänke des hohen Hauses waren im Gegentheil recht bedenklich leer. Man hat sie ja auch schon oft genug gehört, diese Socialistenrede des Ministers von Puttkamer, die im Allgemeinen immer dieselbe ist, ebenso wie die Gegengreden der Redner von der socialdemokratischen Partei sich hier immer in dem gleichen Fahrwasser bewegen. Einen neuen pikanten Beigehack bekam das Redetourneer diesmal nur dadurch, daß das Frankfurter Attentat auf den Polizeirath Rumpff hüben und drüben verwerthet wurde. Dr. v. Puttkamer behauptet, die Socialdemokraten hätten den Dolch geschärft, welcher Rumpff den Todesstoß versetzte. Die Socialdemokraten dagegen erklärten die Anarchisten für ihre Todesfeinde und meinten, die Bestürzungen des Ausnahmegesetzes seien ihre Nährväter. Herr v. Puttkamer erzählte von dem „erziehlischen Einflusse des Socialistengesetzes“. Die Socialdemokraten bewiesen ihm so und so vielen Male die vollständige Wirkungslosigkeit dieser Maßregel. Die Socialdemokraten behaupteten, das Gesetz sei illegal gehandhabt worden: Der Minister setzte

natürlich dem sein „Nein“ entgegen und stellte die Polizeiorgan so hin, als seien sie unschuldig wie neugeborene Kinder u. s. w. u. s. w. Daß aus alledem nichts herauskam, ist selbstredend.

Die übrigen Parteien verhielten sich ziemlich passiv. In recht überflüssiger Weise wurde das schon so oft wiederlegte Märchen von der „Abcommanidung“ freiwüthiger Abgeordneter bei der Abstimmung über das Socialistengesetz aufgeführt und zwar von dem Socialdemokraten Singer und dem Demokraten Lenzmann. Der Abg. Richter konstatierte, dadurch provocirt, noch einmal, daß weder seitens des Vorstands, noch des geschäftsführenden Ausschusses der deutsch-freiwüthigen Partei eine „Abcommanidung“ erfolgt sei. Er fügte hinzu, es werde nicht mehr vorkommen, daß Jemand aus der Partei für das Socialistengesetz votiren werde, andernfalls würde er der Partei nicht mehr angehören. Das genügt hoffentlich, um weiteren Anzuspinnungen vorzubeugen.

Die Würfel sind nunmehr gefallen. Am Sonnabend hat der Bundesrath die zweite Auflage der Politik von 1879 endgültig beschlossen. Die Zolltarifnovelle ist nach den bereits mitgetheilten Ausschlußanträgen angenommen worden. Nur bei dem Holzzoll sind die höheren Sätze, dieselben, wie sie in der ursprünglichen preussischen Vorlage vorgeschlagen waren, bewilligt. (Das in einem Theile unserer Sonnabend-Abend-Ausgabe enthaltene Privattelegramm bitten wir dahin berichtigen zu wollen.) Der Ausschuss des Bundesraths hatte sich bemüht, hier eine Ermäßigung herbeizuführen. Aber der lebhafteste Widerspruch, den namentlich die Hansestädte, den auch Sachsen und andere Bundesregierungen erhoben — die Minorität soll recht stark gewesen sein — blieb doch im Plenum wirkungslos.

Damit ist für einzelne Industriezweige eine ganz enorme Vertheuerung des Materials herbeigeführt und der Holzhandel einzelner hervorragender Blöge geradezu bedroht. Mit schwerer Besorgnis sieht man in denselben den Verhandlungen des Reichstags entgegen, der sich in nächster Zeit mit diesen tief einschneidenden Fragen beschäftigen wird, den schwerwiegendsten der ganzen Session; und wir fürchten, daß die Entscheidung schneller kommen wird, als man bei der großen Tragweite der in Rede stehenden Frage erwarten sollte. Nur wenige Wochen sind noch dafür übrig, daß die Consumenten, die auf das härteste getroffen werden, ihre Proteste erheben und bei der Volksvertretung ihre Gründe geltend machen können gegen die verhängnisvolle Maßregel, mit der man sie wiederum bedroht. Möge wenigstens die kurze Frist, die uns von der Entscheidung noch trennt, ordentlich benutzt werden! Möge das Volk beweisen, daß es nicht gleichgültig ist gegen diese neue Belastung, möge es laut und entschieden mit allen gesetzlichen Mitteln ankämpfen gegen diese Art von „Volksbeglückung“. Ja, freilich ist es den Gouvernamenten, ist es der Regierung nicht angenehm, wenn sich des Volkes Stimme laut erhebt und die geplanten Zollmaßregeln verwirrt. So möchte die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ die Bewegung gegen die Kornzölle auf „Aufwiegelung und Aufreizung der Nation“ zurückführen. Wie? Gaben denn die Agrarier nicht seit Jahren mit allen Mitteln und größter Ausdauer zu ihren selbstlichen Zwecken die eifrigste Agitation getrieben? Soll denn jetzt die Masse des Volkes schweigen, soll es ruhig zusehen, wie man ihm abermals zu Gunsten weniger Klassen neue Lasten aufbürdet? Will es sich wirklich mundtot machen lassen? Wir hoffen: ein kräftiges, vernünftiges, ein einmüthiges „Nein“ wird darauf die Antwort sein!

Daß der Deutsche Handelsrat kein Wort gegen die Kornzölle hat finden können, was wir schon gebührend gekennzeichnet haben, hat in den weitesten Kreisen der Bevölkerung peinlich berührt, obgleich man nach den Vorgängen von 1879 nicht viel von dieser Institution erwarten konnte. Aber man begreift nicht, daß Handelskammern wie Berlin, Hamburg, Bremen, Leipzig, Nürnberg ein solches Zögern gegen die momentan wichtigsten Frage ruhig hingenommen haben, und die Frage ist wohl gerechtfertigt, ob nicht für diese Handelskammern und auch für diejenigen z. B. wie Thorn, die bekanntlich den Antrag auf einen Beschluß gegen die Getreidezölle gestellt hat, nicht jetzt alle Veranlassung wäre, das zu thun, was unsere Städte bereits 1879 gethan haben, nämlich aus diesem Handelsrat auszutreten.

Am Sonnabend hat im Großherzogthum Mecklenburg an Stelle des Freiherrn v. Malzkahn-Maryhagen eine Reichstagswahl stattgefunden. Die Liberalen — auch die Nationalliberalen traten für die Wahl des Gutspächters Wilbrandt-Biese ein — haben nämlich wie jetzt gesagt werden kann, von vorn herein keine oder nur geringe Hoffnung gehabt, den Wahlkreis zu gewinnen. Sie haben sich deshalb auf einige in den Städten abgehaltene Versammlungen beschränkt und eine umfassende Agitation unterlassen, weil sie wohl für die Liberalen eine etwas größere Stimmenzahl, aber doch schwerlich den Sieg herbeigeführt hätte. Der Wahlkreis ist nämlich unter den mecklenburgischen der für die Liberalen ungünstigste. Er ist überwiegend ländlich; die Ritterchaft ist dort am stärksten vertreten; es wohnen hier mehrere streng conservative Großgrundbesitzer mit sehr ausgebreitetem Besitz, so daß von vorn herein die Chancen des conservativen Candidaten, Legationsraths v. Girschfeld, die günstigeren waren. Nähere Nachrichten fehlen aus den Landbezirken noch ganz. Aber sehr bemerkenswerth ist es, daß das Wahlergebnis aus den Städten des Wahlkreises sich gegen die Oktoberwahl vorigen Jahres ganz erheblich zu Gunsten der Freiwüthigen verbessert hat. Im Oktober erhielt Hr. v. Malzkahn in den Städten 989 Stimmen, Hr. Wilbrandt 4299 Stimmen, vorgestern erhielt Hr. v. Girschfeld 1106, Hr. Wilbrandt dagegen

5340 Stimmen. Es sind also 1041 Stimmen mehr für den freiwüthigen Candidaten abgegeben als bei der letzten Wahl, während nur 117 mehr auf den conservativen fielen. Und das alles trotz der ungeheuren Hege gegen die Freiwüthigen, die bis in die letzte Zeit hinein gedauert hat! Die angebliche „Spontanität der Entrüstung des ganzen Volks“ gegen die Freiwüthigen wird durch solche Vorkommnisse besser illustriert als durch noch so viel gemachte Entrüstungsadressen!

In Folge der Beschlüsse der Budget-Commission des Reichstags haben sich die einmaligen Ausgaben der Militärverwaltung von 25 177 462 Mk. auf 19 026 113 Mk. ermäßigt, so daß die für Zweck e der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen aufzunehmende Anleihe 38 520 647 Mk. anstatt 44 671 936 Mk. beträgt.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses hat am Sonnabend den Antrag des Berichterstatters Hallwisch, die Regierung anlässlich der bevorstehenden Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn zur Vorlegung eines Gesetzesentwurfs aufzufordern, in welchem die Zoll- und Monopolordnung vom 11. Juli 1835 einer zeitgemäßen Revision unterzogen wird, einstimmig angenommen. Der Vertreter der Regierung erklärte sich mit dem Antrage einverstanden.

Wie die „Times“ erfährt, hätten die Mächte im Prinzip die französischen Gegenanträge bezüglich der ägyptischen Finanzfrage in der von England modificirten Fassung angenommen, die englische Regierung hätte indeß noch nicht die offiziellen Antworten der Mächte empfangen. — Die „Agence Havas“ theilt außerdem mit, die ägyptische Anleihe werde von den Mächten nicht nach Maßgabe ihrer Interessen an den ägyptischen Angelegenheiten garantirt werden, die Garantie werde vielmehr eine collective, solidarische und ungetheilte sein. Die Frage der Daira und der Domänen werde Gegenstand einer besonderen Vereinbarung zwischen England und Frankreich sein, die dabei allein interessirt seien, die einzelnen Punkte dieser Vereinbarung würden noch zu discutiren sein, im Prinzip jedoch man bis jetzt nur anerkannt zu haben, daß die Dairaverwaltung und die Domänenverwaltung gesondert fortbestehen sollten.

Die Concentration der französischen Truppen in Tongking, deren Gesundheitszustand ein ausgereizter ist, ist beendigt und der Vorstoß nach der chinesischen Grenze zu steht bevor. General Dabache ist mit seinem Generalstab bereits am Sonnabend in Schuadman angekommen. — Die französische Regierung hat die Schiffe „Galabab“ und „Suez“ gemietet, um durch dieselben 4500 Tonnen Kohlen nach Pondichery bringen zu lassen. Die Abfahrt der Schiffe soll am 25. t. M. erfolgen.

General Wolske telegraphirt aus Korti von gestern, daß die Avantgarde des General Carle am 30. Januar 7 Meilen von Birti eingetroffen sei und daß die Concentration der Colonne an diesem Punkte morgen werde bewerkstelligt werden. General Carle hoffe, gegen den Feind, welcher eine starke Stellung bei Birti einnehme, am 3. Februar vorgehen zu können.

Der Abmarsch des Gros der Armee von Korti aus nach Schendy zu hat am 29. Januar begonnen. Das königlich irische Regiment und das West-Kent-Regiment sind bereits unterwegs.

In der Sitzung des Senates des nordamerikanischen Congresses am Donnerstag brachte Sherman vor der Verwerfung des Nicaragua-Vertrages ein Amendement ein, welches die Aushebung oder Abänderung des Clayton-Bulwer-Vertrages als eine der Ausführung der Bestimmungen der Nicaragua-Convention vorhergehende Bedingung verlangt. Das Amendement wurde mit 30 gegen 19 Stimmen angenommen. Es unterliegt, wie schon mitgetheilt ist, keinem Zweifel, daß ein Antrag im Senate gestellt werden wird, den Nicaragua-Vertrag nochmals in Erwägung zu ziehen, ja es heißt, Senator Edwards habe bereits einen dahingehenden Antrag angemeldet. Middleberger war der einzige republikanische Senator, welcher gegen die Ratification stimmte, während selbst mehrere Demokraten dafür stimmten. Die Frage wird wohl kaum in dieser Session nochmals aufkommen, es sei denn, daß der neuwählte Präsident die Ratification des Vertrages wünscht. — Der „New-York Herald“ bezeichnet die Verwerfung des Vertrages als ein öffentliches Unglück und eine Schande und Erniedrigung für das Land. Das Blatt sagt, Bayard sei der Meinung, daß der Canal nicht gebaut werden solle, ohne auf's Neue Englands Einwilligung einzuholen, und fügt hinzu, daß wegen dieses Vorschlages der Vertrag zurückgewiesen wurde, da alle demokratischen Senatoren, mit Ausnahme von vier, mit Bayard gegen denselben gestimmt hätten. Der „Herald“ fordert Cleveland auf, seine Meinung kund zu geben, da der Eindruck vorherrsche, daß Bayard in seinem Namen spreche. Einem Telegramm der „Evening Post“ zufolge handelt Bayard auf eigene Verantwortlichkeit hin, und hat Cleveland keine Schritte gethan, die Senatoren zu beeinflussen.

Reichstag.

39. Sitzung vom 31. Januar.

Die erste Berathung des Gesetzesentwurfs betr. die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen wird fortgesetzt.

Abg. v. Hellendorff (cons.): Die Vorlage, mit der ich im Prinzip einverstanden bin, geht über die Grenzen hinaus, die innewohnen sind. Drei Momente müssen vorliegen, um die Versicherung eintreten zu lassen: ein Arbeiter muß seine ganze Arbeitskraft in den Dienst eines Anderen stellen, ein Betriebsunternehmer sie zu seinen Gunsten ausnützen und die Gefahr vorliegen, daß der durch einen Unfall erwerbsunfähig gewordene Arbeiter der öffentlichen Armenpflege oder dem Elend anheimfällt. Diese drei Momente sind bei dem Arbeitsverhältnis in der Landwirtschaft nicht immer vor-

handen. Bei näherer Prüfung wird sich auch ergeben, daß die Unfälle nur in den größeren Betrieben eintreten. Ist es ferner schon in der Industrie schwer festzustellen, ob ein Unfall ein wirklicher Betriebsunfall oder ein Unfall ist, wie er Jedem passieren kann, so wird das in der Landwirtschaft noch unendlich complicirter; oder man müßte jeden beschäftigten Arbeiter für versicherungsberechtigt erklären. In der Fabrik giebt es im Allgemeinen einen bestimmten Bestand von Arbeitspersonal, da kommt die vorübergehende Annahme von Arbeitskräften nur selten vor. Bei der Landwirtschaft geschieht das Letztere dagegen ganz regelmäßig zur Zeit der Ackerung und der Ernte. Die kleinen Leute in der Landwirtschaft würden schließlich das Gefühl bekommen, daß sie das Geld zur Versicherung der Unfälle in den großen Betrieben hergeben müssen. Sehr schwer wird es nach dieser Lage der Dinge auch sein, die Beitragspflicht zu bemessen. Nach meinem Dafürhalten giebt es eine doppelte Lösung. Die Frage muß entweder nach der Fläche und wiederum verschieden für die einzelnen Landschaften geregelt werden. Oder es werden durch Reichsgesetz nur die großen Grundstücke festgesetzt, und man überläßt die näheren Bestimmungen den einzelnen Staaten, in Preußen sogar den Provinzen. Die Schwierigkeit, nach der ersten Modalität zu verfahren, scheint groß; ich halte aber die Ausführung für die Verwaltung möglich, wenn sie sich ein Jahr dazu Zeit läßt. Bei der Landwirtschaft dagegen handelt es sich, wenn wir die Betriebe bis zu 5 Hectar d. h. 4 063 000 Betriebe als kleine Betriebe auscheiden, immer noch um 1 330 000 Betriebe. Blicke daher das Gesetz in seinem jetzigen Umfange bestehen, so würden wir einen Verwaltungsapparat schaffen müssen, dessen Kosten zu den Kosten der zu entscheidenden Unfälle nicht im Verhältnisse ständen. Ich wünsche, daß die Commissionsberatung noch in diesem Jahre zu einem Resultate führe und Arbeiter im landwirtschaftlichen Großbetriebe so versichert werden wie in der Industrie. (Beifall rechts.)

Staatssecretär v. Bötticher findet, daß die Vorlage, mit welcher sich alle Vordränger im Allgemeinen einverstanden erklärt haben, im Einzelnen von ihnen keine sehr erfreuliche Kritik erfahren habe. Für die Dringlichkeit der Vorlage weist der Minister gegenüber Herrn v. Dm und v. Hellendorff darauf hin, daß, nachdem die Industriearbeiter versichert seien, die landwirtschaftlichen Arbeiter, die das weitaus größte Contingent zu der vaterländischen Arbeit stellen, nicht unberücksichtigt bleiben dürften; geschähe es länger, so werde der schon vorhandene Zug zur Industrie von der Landarbeit noch stärker werden. Dr. v. Hellendorff will unterscheiden zwischen den Arbeitern im Großbetriebe und den Arbeitern im Kleinbetriebe. Was ist aber Großbetriebe und Kleinbetriebe? Dr. v. Hellendorff sagt zwar, es werde nicht schwer sein, ein gewisses Flächenmaß zu bestimmen oder vorzuschreiben, daß die Wirtschaft dann versicherungspflichtig sein soll, wenn sie gewissermaßen hält. Nun liegen aber die Verhältnisse außerordentlich verschieden. Dieselbe Fläche, welche Sie im Westen des Reiches ausreichend halten mögen, um von einem Großbetriebe zu sprechen, die reicht im Osten bei weitem nicht aus, um einen solchen darzustellen. Und, meine Herren, ebenso ist es mit der Gehaltshaltung. So verschieden, wie die Modalitäten des landwirtschaftlichen Betriebes in den einzelnen Theilen des deutschen Reiches im Allgemeinen sind, ebenso verschieden sind sie auch rücksichtlich der Gehaltsfähigkeit. Redner zieht daraus den Schluß, daß alle ländlichen Arbeiter zu versichern sind. Die Unfälle durch Maschinen spielen bei den ländlichen Arbeitern nicht eine solche Rolle, wie man annehme. Aus der Statistik von 1879 ergibt sich, daß in der Landwirtschaft Verunglückungen durch Maschinen nur 28 vorgekommen sind, während 76 Personen durch Ballen, Bäume u. s. d. erschlagen, 103 überfahren, 161 herabgestürzt sind. Die Regierung verkennt nicht, daß ihre Vorlage verbessert werden kann; sie hofft, daß es gelingen werde, das Gesetz noch in diesem Jahre zu Stande zu bringen. (Beifall rechts.)

Abg. Schrader: Während vor einem Jahre die Herren vom Centrum und von der Rechten für die Socialpolitik der Regierung begeisterte Reden hielten, unterwerfen sie dieselbe heute einer beinahe vernichtenden Kritik und stellen Bedingungen, die das Zustandekommen der Vorlage unmöglich machen werden. Vielleicht hängt dies Ihr verändertes Verhalten damit zusammen, daß es sich im vorigen Jahre wesentlich darum handelte, dem Arbeitgeber zu helfen, ihn gegen die Consequenzen des Haftpflichtgesetzes zu schützen, während es heute gilt, etwas für den Arbeiter zu thun und zwar für den ländlichen, der vor Allem der Hilfe bedarf, der bisher noch keine Art von Entschädigungsanspruch gegen seinen Arbeitgeber hatte. Jetzt, wo die Landwirtschaft, deren Verhältnisse Sie kennen, herangezogen werden soll, da finden Sie mit einem Male selbst, daß wir durch diese ganze Unfallversicherungsgesetzgebung auf dem Wege zum socialistischen Staat ein großes Stück weiter kommen. Der eigentliche Ausgangspunkt der Socialpolitik liegt in der factischen Nothwendigkeit. Danach soll ausdrücklich allen Arbeitern die Wohlthat der Versicherung zu Theil werden. Im vorigen Jahre nun machten wir mehrfach aufmerksam auf die großen Schwierigkeiten und Bedenken, die sich der Ausführung dieser ganzen Idee entgegenstellten. Gätten Sie uns damals Gehör geschenkt, so wäre man vielleicht vorsichtiger gewesen und hätte nicht mit dem vorjährigen Unfallversicherungsgesetz einen Weg beschritten, der uns nun nöthwendig zwingt, weiter zu gehen. Wir können allerdings nicht da stehen bleiben, wo wir sind; wir müssen vorwärts, und zwar auf einem höchst bedenklichen Wege. Die Scheidung zwischen Groß- und Kleinbetriebe bei der Landwirtschaft ist factisch unmöglich, und die von Hrn. v. Hellendorff vorgeschlagene Regelung durch Normativbestimmungen würde die ganze Angelegenheit auf lange Zeit hinauschieben. Daß die Regierung über diesen letzteren Modus mit sich reden lassen will, scheint mir nur zu beweisen, daß auch ihr etwas angst wird vor zu großer Beschleunigung. Zahlreiche Bedenken des Hrn. v. Hellendorff sind nun ja an sich nicht unberechtigt; z. B. wird in der That oft schwierig sein zu sagen, welche auf dem Lande verrichteten Arbeiten dem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe angehören. Die einfache Consequenz verlangt von uns gleichwohl, nachdem wir einmal das Unfallversicherungsgesetz für die Industriearbeiter gegeben haben, daß wir nun auch die ländlichen Arbeiter, und zwar alle, in die Versicherung aufnehmen. Thun wir dies nicht, so werden mehr und mehr die ländlichen Arbeiter zur Industrie übergehen und der Arbeitermangel auf dem Lande wird noch größer werden, als er schon ist. Allerdings werden gerade die kleineren Landwirthe und die Communen durch diese Vorlage erheblich sowohl finanziell als auch mit Arbeiten belastet. Die Unlagen für die Versicherung der ländlichen Arbeiter werden durchaus den Charakter als Steuer erhalten; und die Leistungen der Unfallversicherung werden ganz wie Staatsleistungen erscheinen, wodurch wiederum der socialistische Idee der beste Boden bereitet wird. Die sich für die Landwirtschaft ergebende Belastung wird dabei schließlich auf 70, 80 bis 100 Mk. Mark steigen. Dabei ist die ganze Last für die Dauer der Carenzzeit den Gemeinden aufgelegt, die nur sehr schlecht dieser Verpflichtung nachkommen können. Die heute sich für den Anschluß der Landwirtschaft an

die Unfallversicherung ergebenden Schwierigkeiten be-
weisen Ihnen am klarsten, wie bedenklich es war, im
vorigen Jahre allein die Industrie herauszugreifen.
Meine Freunde werden an die Verabreichung dieser Vor-
lage herantreten mit dem lebhaften Wunsche, ein Gesetz
zu schaffen, welches allen ländlichen Arbeitern Fürsorge
bei Betriebsunfällen gewährt. Ich bitte die Herren von
der Rechten und alle Landwirthe im Hause, uns sach-
verständig dabei zur Seite zu stehen. Denselben Beistand
erbiten wir uns auch vom Abg. Buhl und seinen
Freunden. Sie sind uns das schuldig, denn Sie haben
im vorigen Jahre durch Ihre Action die Socialpolitik
auf den Punkt gebracht, auf dem sie sich jetzt befindet.
Helfen Sie uns nun in vernünftiger Weise weiter vor-
wärts zu kommen! (Beifall links.)

Abg. Buhl bemerkt dem Vorredner, daß auch ohne
das Abthun der Nationalallianzen das vorjährige Unfall-
gesetz durch das conservativ-clericale Compromiß zu
Stande gekommen sein würde.

Geh. Rath Bosse: Der Abg. Schrader hat die
Last, welche die Vorlage der Landwirthschaft auflegt, zu
hoch besteuert. Nach anderer Statistik würde dieselbe nur
rund 2 800 000 Mk. jährlich betragen; d. i. 40 Pfennig
pro Kopf des ländlichen Arbeiters.

Abg. v. Maltzahn-Gültz (cons.): Ich erkläre aus-
drücklich namens meiner politischen Freunde, daß auch
wir durchaus willens sind, die socialpolitische Geset-
gebung in vernünftiger Weise vorwärts zu bringen. In
diesem Ziel sind wir mit dem Abg. Schrader völlig ein-
verstanden; wenn sich nur nicht seine Freundschaft später
als platonisch erweist! Wir sind darüber, daß diese
Vorlage eingebracht wird, befriedigt, wenn wir auch im
Einzelnen bei der Vorlage erhebliche praktische Bedenken
finden. Wir hoffen, daß es der Commission gelingen
wird, diese Bedenken zu beseitigen. (Beifall rechts.)

Abg. Schrader hält seine Behauptungen den Vor-
redner gegenüber aufrecht und hebt besonders hervor,
daß durch das conservativ-clericale Compromiß die De-
batten über das vorjährige Unfallversicherungsgesetz dem
Schaden der Sache selbst allzuweit abgezogen worden seien.

Geh. Rath Bosse stellt für die Commissionsberatung
nähere Angaben über die Belastung der Landwirthschaft
durch die Unfallversicherung in Aussicht.

Die Vorlage wird darauf derselben Commission über-
wiesen, an welche der Entwurf betreffend Ausdehnung
der Unfallversicherung auf die Transportgewerbe gelangte.

Es folgt die Beratung der Darlegung über die von
der preussischen und der hamburgischen Regierung auf
Grund des § 28 des Socialistengesetzes getroffenen
Anordnungen.

Abg. Singer (soc.): Selbst der begeisterte An-
hänger der Ausnahmegegebung wird zugeben, daß die
den Regierungen eingeräumten Vollmachten ihre Be-
rechtigung herleiten müssen aus dem Umstand, daß in
diesen Bezirken Dinge vorhanden sind, welche die
Anordnung von so außerordentlichen Maßregeln erforderlich
machen. Wenn jetzt aber die Verhängung des kleinen
Belagerungszustandes mit der Haltung der socialdemo-
kratischen Partei im Lande und im Ausland gerech-
fertigt wird, so macht das auf mich den Eindruck, als
ob die Schwäche des Berichtes überhaupt verdeckt werden
sollte. Die Regierung sagt ferner, daß das Auftreten
der Partei unter dem Einfluß des Ausnahmegesetzes eine
Mäßigung erfahren und die Taktik derselben sich ver-
ändert habe. Weder unser Programm noch unsere Taktik
sind geändert. Geändert hat sich nur die Stellung der
Regierungen und des Reichskanzlers gegenüber der Social-
demokratie. Sie haben einen schlagenden Beweis für diese Be-
hauptung in der Rede desselben gelegentlich des Dänen-
antrages. Damals sprach er von dem berechtigten Kern
der Forderungen der Socialdemokratie, er drückte den
Wunsch nach einer Verneuerung der Vertreter derselben
aus, um lernen zu können, was dieselben zu leisten ver-
mögen. Derselben Wunsch sind wir nachgekommen. Wir
haben ihn klar und deutlich auseinandergelegt, welche
Forderungen wir an das Reich und die Gesellschaft
haben. Sind dieselben nun einmal erfüllt, so werden wir,
auf dieser Grundlage weiterbauend, bald andere
Forderungen zu stellen in der Lage sein. Der Reichs-
kanzler hat mit voller Berechtigung erklärt, die Social-
demokraten seien die Urheber seiner Socialreform. Als
ich aber in einer Berliner Versammlung dasselbe aus-
sprach, da wurde die Versammlung aufgelöst. Der
Ausfall der Wahlen giebt ja den besten Beweis für
die Wirkungslosigkeit des Socialistengesetzes und
des über verschiedene Bezirke verhängten kleinen Be-
lagerungszustandes. Von den 9 Sitzen, die die Social-
demokratie am 28. October gleich beim ersten Ansturm
erhielt, kommen 5 auf Belagerungsbezirke. Der Bericht
bringt die Anarchisten mit uns in Verbindung. Die
Herren, deren Aufgabe es ist, die anarchischen Blätter
zu lesen, müßten bei der Lectüre gefunden haben, daß in
den anarchischen Blättern Niemand bestiger angegriffen
wird, als wir Socialdemokraten. Wie die Regierung
also noch weiter von einer anarchischen Gruppe der
Socialdemokratie sprechen kann, ist mir unfassbar. Der
Fall Meinsdorf, der lechthin in Leipzig gelieft hat,
beweist auch klar, daß diese meine Behauptung voll-
ständig berechtigt ist. Wir beklagen die Vorgänge seitens
der anarchischen Partei ebenso tief und aufrichtig wie
jeden eine andere Partei in diesem Hause. Wir weisen
den Versuch der conservativen und nationalliberalen
Presse, die Anarchisten uns an die Halskette zu hängen,
zurück. Wir wissen aber, daß die vielerzählte, erzielte
Wirkung, die Sie mit dem Ausnahmegesetz erreichen
wollten, die ist, die sich in den anarchischen Attentaten
zeigt. Das ist die Wirkung des Socialistengesetzes. Die
verbündeten Regierungen und durch sie vielleicht die
Polizei fördern den Anarchismus und machen ihn groß,
daß sie an die Stelle, die sie als am meisten vom
Anarchismus bedroht bezeichnen, ihre Polizei hin-
schickt, um dort Anarchisten zu machen. (Sehr wahr!
bei den Socialdemokraten.) Das beweist eine Gerichts-
verhandlung in der Schweiz. Die Schweizer Richter
haben denjenigen, der sich in jenem Anarchistenprozeß als
der heilige preussische Polizeipolizist entpuppt hat, mit
dem doppelten Strafmaß bestraft. Nebenher beruft sich für
die Verderblichkeit der politischen Agenten auf das
Zeugnis des Reichskanzlers, von dem zwei Briefe verliest,
die dieser 1892 als Bundesgesandter geschrieben hat. Die
Denkschrift behauptet ferner, daß die socialdemokratische
Partei in Berlin anlässlich der kommunalen Wahlen eine
Agitation eingeleitet hat, und daß dabei die ganze Stadt
mit einem sogenannten Netz von Arbeitervereinen über-
zogen worden ist, die aber thatsächlich demokratische Zentren
haben. Die Action ist eine völlig legale gewesen; wie kann man
sie zur Begründung des Belagerungszustandes anführen?
Die Regierung behauptet ferner, daß die Blätter der
Anarchisten deutscher Junge, „Freiheit“ und „Rebell“,
in größeren Mengen in Berlin verbreitet werden. Die
„Freiheit“ kommt kaum in 100 Exemplaren hierher. Der
„Rebell“ aber erscheint seit Jahr und Tag nicht mehr.
In der Denkschrift wird dann behauptet, daß, nachdem
man in Folge des gemäßigteren Auftretens der Social-
demokratie bei den Wahlen die Jügel etwas lockere ge-
lassen, sofort eine Agitation Platz gegriffen habe, die in
ganz bedenklicher Weise die öffentliche Sicherheit und
Ruhe gefährdet habe. Ein Nebenher habe gesagt, jetzt würde
in den Schulen lediglich das Bewußtsein der Standes-
unterschiede in den Kindern wachgerufen, und dieselben
würden gelehrt, wie die Völker sich auf Commando ihrer
Mächtigen gegenseitig zu vernichten hätten. Warum
ist denn von den Rednern auch nicht ein einziger ver-
haftet oder in den Anlagenzustand verlegt worden? Wo
haben denn die Polizeibeamten ihre Augen, wenn bei
ihrer Anwesenheit dergleichen Dinge gesprochen wer-
den können, die geradezu eine Aufforderung zum
Verbrechen sind? Es macht einen eigenthümlichen Ein-
druck, wenn diese Dinge, die sich direct unter den Augen
der Polizei, ohne daß dieselbe eine Verenderung schafft,
abspielen, hier als Rechtfertigung für die weitere Ver-
längerung so einschneidender Maßregeln aufgeführt
werden. Eine der Ausföhrungen von Versammlungen,
auf welche die Denkschrift weiter sich beruft, hat des-
wegen stattgefunden, weil ich, nachdem ich über die Stel-
lung der Regierung im Allgemeinen gesprochen, die
Worte gebraucht: eine Reihe anderer wirtschaftlicher
Fragen zu fördern, wird im nächsten Reichstage eine
ganz besondere Aufgabe der Vertreter der Arbeiter sein.
Nebenher schildert nun die Ausföhrungen verschiedener Ber-
liner Versammlungen, die aus wichtigen Gründen er-
folgt seien. Wer hier in Berlin socialdemokratischen
Versammlungen beigewohnt hat, der wird mir
bestätigen müssen, daß es in denselben mit Ruhe
und Anstand hergegangen ist, und diese Versammlungen

werden nun als so ungeheuer staatsgefährlich hingestellt!
Nun möchte ich hinweisen auf die von anderen
Parteien gehaltenen Versammlungen, wie die in Elbing,
wo Conservative gegen Conservative ihre Meinung gegen-
seitig zum Ausdruck bringen wollten. In dieser con-
servativen Versammlung mußte der Auftragsparagra-
ph verlesen werden, es mußte sogar Militär requirirt
werden, aber der kleine Belagerungszustand ist über
Elbing noch nicht verhängt worden, wahrscheinlich weil
ein Dr. v. Puttkamer dabei beistehend war. Wenn in
Berliner conservativen Versammlungen aufgeführt
wurde, es massen sich in andere Versammlungen zu be-
geben, um deren Vergnügen zu fördern, so war das ein-
fach eine Aufforderung zum Bürgerkrieg. Was ist es
denn anders, wenn in einer conservativen Versammlung,
die zu dem Zwecke einberufen war, dem Reichs-
kanzler die Entrüstung über den Reichstagsbeschluss
vom 15. December auszusprechen, es offen bedauert
wurde, daß der Abg. v. Vollmar und der Abg.
Nichter nicht an einem Strick aufgehängt worden
sind? Hier wäre doch das Eingreifen der Be-
hörden am Platze gewesen. Nebenher schildert sodann die
Versammlung in der Norddeutschen Brauerei, die auf-
gelöst und in Folge deren der Stadt. Einmal aus-
gesprochen wurde. Die Mäßigung der Teilnehmer an
jener Versammlung, die durch die Auflösung geradezu
provocirt waren, ist zu bewundern. Eine frühere
Aussprechung des Grafen v. Moltke über die Wirkung von
Ausnahmegeboten gegen die Polen trifft heute noch bei
uns zu: „Weil Sie das Erlaubte nicht öffentlich thun
durften, so thaten Sie das Verbotene heimlich!“ Dies
trifft heute noch zu. Die Regierungen und der Herr
Reichskanzler sollten endlich einsehen, daß ihre social-
reformatorischen Pläne in einem ganz sonderbaren Lichte
erscheinen müssen. Die Arbeiter können kein Vertrauen
zu einer Regierung haben, welche in der einen Hand
schöne Verprechungen bringt und in der anderen die
Geißel eines namenloses Elend verbreitenden Ausnahme-
gesetzes schwingt. Sollen die Zustände, welche die Den-
kschrift beklagt, beseitigt werden, so muß vor Allem das
Ausnahmegebot abgeschafft werden. Die Verlängerung
des Socialistengesetzes hat doch etwas Gesetzwidriges,
in diesem Augenblick nicht unausgesprochen bleiben darf.
Seine Abkommandirten aus der deutschfreisinnigen Partei
sind ebenso verantwortlich zu machen für die Zustände,
die sich unter der Herrschaft dieses Gesetzes entwickelt
haben, wie die Conservativen und Nationalliberalen, deren
begeisterter Zustimmung dieses Gesetz sich ja von vorn-
herein erfreut hat. Wir haben Anträge zu der vorliegen-
den Denkschrift für heute nicht zu stellen, wir wissen, daß
die vernünftige Kritik derselben in der thatsächlichen
Verhältnisse derjenigen Bezirke liegt, über die die Maß-
regel verhängt ist. (Beifall bei den Socialdemokraten.)
Schluß in der Beilage.

Deutschland.

△ Berlin, 1. Februar. Bei der gestern dem
Bundesrathe gemachten Vorlage eines Vertrages
zwischen dem Reich und Rußland handelt es
sich nur um eine Ernächtigung, den preussischen
Vertrag auf das Reich auszudehnen; der dem
Bundesrathe in französischem Text vorgelegte Ent-
wurf ist von folgendem Anschnitten begleitet:

„Berlin, den 27. Januar 1885. Dem Bundesrath
beehre ich mich davon Mittheilung zu machen, daß
zwischen der kgl. preussischen und der kaiserl. russischen Re-
gierung durch den Austausch der in der Anlage ab-
gedruckten beigefügten Noten ein Uebereinkommen wegen
gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern geschlossen
worden ist. Die Abwehr, welche durch dieses Abkommen
bewirkt wird, würde nur unvollständig erreicht werden,
wenn dessen Geltung auf das preussische Staatsgebiet,
und der Schutz, welchen dasselbe der bestehenden Ordnung
bei uns und im Auslande zu sichern bestimmt ist, auf
die Beistellung Preussens beschränkt bliebe. Ich bin
daher von Sr. Majestät dem Kaiser beauftragt, den
Bundesrath um sein Einverständnis dahin zu ersuchen,
daß auf der Grundlage des erwähnten Uebereinkommens
ein Auslieferungsvertrag zwischen dem Reich und der
kaiserl. russischen Regierung abgeschlossen werde. Der
Reichskanzler v. Bismarck.“

Es ist nicht anzunehmen, daß die Angelegenheit
im Bundesrathe irgend eine Schwierigkeit finden
müßte. Mit begreiflicher Spannung sieht man
indessen der Stellung des Reichstages gegenüber
der Vorlage entgegen; es liegt auf der Hand, daß
es dabei zu interessanten politischen Debatten
kommen wird.

+ Berlin, 1. Febr. Heute fand unter starker
Betheiligung der Berliner Gewerkschaftenmitglieder
eine große Gewerkschaften-Versammlung im
Bughagenischen Saale statt. Auf der Tages-
ordnung stand: Stellungnahme der deutschen Gewerks-
vereine zur Arbeiterfrage-Gesetzgebung. (Kinder-
und Frauenarbeit, Sonntags- und Nachtarbeit,
Normalarbeitstag) Verbandsanwalt Girsch und
Verbandscontroller Bey hielten längere Ansprachen.
Von Reichstagsabgeordneten waren Baumbach und
Nichter anwesend. Es wurde in Anregung gebracht,
die früheren Anträge der Freisinnigen betreffs Schutzes
durch Vorrückungen für das Leben und die Gesund-
heit der Arbeiter wieder einzubringen.

* Berlin, 1. Febr. Die Sammlungen für die
Opfer der spanischen Erdbeben nehmen einen
sehr erfreulichen Fortgang. Weiter eingehende
nähere Nachrichten über den Umfang der Ver-
heerungen lassen indessen dringend wünschen, daß
die Wohlthätigkeit sich noch in fernerem Maße
bewähre. Hier hat das edle Beispiel des Kaisers
und des Kronprinzen besonders segensreiche Folgen
gehabt.

* Die Zerlegung innerhalb der Berliner Anti-
liberalen macht immer größere Fortschritte. Nach
den neuesten Vorgängen ist es nicht zweifelhaft,
daß die ganze Bewegung, welche zu der Gründung
des conservativen Centralwahlvereins führte, in
erster Linie gegen die früheren Leiter der hiesigen
conservativen Partei, die Herren Stöcker und
Cremser gerichtet war. Man wollte einen lebendigeren
Zusammenhang mit den Conservativen der Provinz
erhalten und diese nahmen, wie Herr Dr. Zimmer
in der schon erwähnten Versammlung des Vereins
„Bismarck“ aussprach, an den maßgebenden
Persönlichkeiten der „Berliner Bewegung“ und an
der von ihnen gepflegten Betonung des Anti-
semismus Anstoß. Es galt also diese bisherigen
Leiter zu beseitigen und als deren Einfluß, trotz der
Wahlen im vorigen Jahre zum C. C. C., welche die
Herren Dr. Brecher und Dr. Zimmer an die Spitze der
Parteileitung brachten, vorübergehend blieb, schritt man
zur Auflösung des C. C. C. und gründete den Central-
verein, der die Conservativen aus ganz Berlin gemein-
samer Action vereinen sollte. Man scheint sich aber
bei diesem kleinen Staatsstreiche über die Stärke
der verschiedenen Elemente, aus welchen sich die
Berliner „conservative Partei“ zusammensetzte, ge-
täuscht zu haben, denn es macht ganz den Ein-
druck, als ob der Versuch, die rein gouvemenen-
talen Elemente herauszufallen und unter conser-
vativer Flagge zu sammeln, mit einem Fiasco und
der bloßen Zersprengung der bisher wenigstens durch
den Haß gegen den Liberalismus zusammengehaltenen
Mischmasch-Partei enden sollte. Auf allen Seiten
entstehen aus den Reihen der früheren Freunde
Gegner und organisiren sich zum Ansturm gegen
die Neubildung. Interessant ist, wie in der vor-
gegangenen Versammlung des Vereins „Bismarck“,
in welcher die Herren Dr. Brecher und Dr. Zimmer,
die beide nebst den Herren Herzog sen. und jun. zu
Ehrenmitgliedern des Vereins ernannt wurden, sich
über die Lage aussprachen. Der Vorsitzende des
„neuen Wahlvereins“, Herr Dr. Brecher, äußerte u. A.:
Es ist ja an und für sich weiter nicht sonderbar,
daß es in einer Partei von 60 000 Köpfen, die sich aus

vielen Schattirungen rekrutiren, verschiedene Strömungen
gibt, und daß eine Menge Leute sich dabei eingefunden
haben, denen das Ehrgefühl eines patriotischen
Bürgers abgeht. Leider finden wir diese Leute nicht
in den unteren, sondern in den oberen Klassen und
einige haben sogar eine Art Rolle gespielt. Jetzt
benutzen sie ihre Stellung, um uns zu beschimpfen. Ich
denke, wir haben unsere Mission redlich erfüllt und unter
den schwierigsten Verhältnissen das Mögliche geleistet.
Trotzdem die Revolution. Schon bei der Wahl-
agitation machte uns das Benehmen dieser Menschen
weit mehr Arbeit, als der Kampf mit den Gegnern.

Im weiteren Verlauf seiner Rede verwahrte
sich Herr Dr. Brecher dagegen, daß er Stöcker oder
Wagner im Auge habe, dagegen richteten sich, wie
wir aus der „Post“, Btg.“ ersehen, seine Worte in erster
Linie gegen die Herren Luchardt und Cremser, die
offen dem neuen Wahlverein die Berechtigung zur
Vertretung der conservativen Partei abgesprochen
haben. Der arme Herr Cremser! Nachdem er alle
möglichen Wandlungen durchgemacht und sogar auf
die Gouvemenentalen gekommen ist, wollen auch
diese nichts mehr von ihm wissen!

* Die preussische Unterrichtsverwaltung läßt
gemeinlich den außerordentlichen Univer-
sitätsprofessoren in der ersten Zeit und bis-
weilen eine Reihe von Jahren nach ihrer Er-
nennung für ihre Lehrtätigkeit keinerlei Gehalt
aus der Staatskasse zukommen. Abweichend von
diesem Brauche ist im Etat des Kultusministeriums
für 1885/86 für das erste im laufenden Semester
geschaffene Berliner Extraordinariat der Der-
matologie, das bekanntlich Dr. Schweninger
inne hat, alsbald die Summe von 3900 Mk. als
laufende Ausgabe ausgeworfen worden. Unter
Hinweis darauf und besonders in Bezug auf die
Höhe des Gehaltes schreibt die „Berliner klin.
Wochenchr.“:

Wir machen auf die Thatsache aufmerksam, daß
nach Ausweis des Etats von 27 außerordentlichen Pro-
fessoren der Medizin in Berlin nur 12 Gehälter, und
zwar 1500 bis 3600 Mk. beziehen. Unter den nicht be-
soldeten finden sich Männer, welche seit 10 und 20
Jahren ihre Kraft in den Dienst des Staates gestellt
haben und über unbefristete Leistungen verfügen. Wir
sind begierig, mit welchen Gründen man den beregten
Titel zu vertheiligen gedenkt. Eine lebhafte Ausein-
anderlegung darüber wird und taun nicht ausbleiben.“

* Die Reichspartei hat beschlossen, einen
Antrag einzubringen dahingehend, den Reichskanzler
um Maßnahmen zu ersuchen, durch welche die
Reichsbank für die Vertheilung der Credit-
bedürfnisse des Handwerkerstandes und der kleineren
Grundbesitzer in erhöhtem Maße nutzbar gemacht
werden kann.

* Aus Hamburg berichtet die „Reform“ unter
dem 31. Januar: „Vor einiger Zeit wurde dem
Capitän Heerma vom Schiff „Helene“ durch Spruch
des hiesigen Seemaths das Schifferpatent entzogen,
weil ein Seemann durch sein Verbalten entstanden
sein sollte. Auf Berufung des Capitäns wurde
dieser Spruch durch das Oberseemath in Berlin be-
stätigt. Diefelbe Angelegenheit ist nun mit Rücksicht
auf die Affecuranzfrage auch vor den Civilgerichten
zur Verhandlung gelangt, und gestern hat das
hanseatische Obergericht die Affecuradeure zum
Erlaß des Schabens verurtheilt, weil den Capitän
der „Helene“ kein Verschulden treffe.“

England.

A. London, 31. Januar. Unter dem Vorsitz
Sir Charles Dille's begann am Mittwoch in London
eine dreitägige Konferenz über industrielle
Remuneration. Die Konferenz wurde von einem
mit der statistischen Gesellschaft im Zusammenhange
stehenden Ausschusse organisiert, um folgende Frage
zu erläutern: „Ist das gegenwärtige System oder
die Weise, wodurch die Erzeugnisse der Industrie
zwischen den verschiedenen Personen und Klassen des
Gemeinwehns vertheilt werden, befriedigend; oder
wenn nicht, giebt es irgend welche Mittel, durch
welche dieses System verbessert werden könnte?“
Ein Herr in Edinburgh hat die Summe von
1000 Pfd. St. zur Prüfung dieses Gegenstandes
beigesteuert. An der Debatte betheiligten sich hervor-
ragende Vertreter der Arbeit, des Kapitals, der
Gewerksvereine, der Volkswirtschaft und anderer
Interessen. Bradlaugh empfahl als Hilfsmittel
gegen die Ueberfüllung der industriellen Beschäf-
tigungen eine durchgreifende Reform der Boden-
gesetze, welche aus den beschäftigungslosen Arbeitern
Ackerbau treibende machen dürfte. Professor Marshall
von der Universität von Cambridge erklärte sich
gegen die Pläne der deutschen Socialisten für die
staatliche Regelung der Industrie.

Frankreich.

Paris, 31. Jan. Die Deputirtenkammer
hat das außerordentliche Budget der Marine ge-
nehmigt. Der Antrag Soubeyrans auf Verkauf
der Staatsbahnen wurde mit 339 gegen 118 St.
abgelehnt. (W. T.)

Italien.

Rom, 31. Januar. Dem „Moniteur de Rome“
zufolge würden demnächst zwei italienische Erz-
bischofe den Cardinalshut erhalten.

Griechenland.

Athen, 31. Januar. Die Kammer ging über
die Interpellation, betreffend den Zwischenfall mit
der englischen Gesandtschaft, mit 113 gegen 19
Stimmen zur einfachen Tagesordnung über. Viele
Mitglieder der Opposition enthielten sich der Ab-
stimmung. (W. T.)

Amerika.

Newyork, 29. Januar. Generalarzt Hamilton
veröffentlicht einige erschreckliche Details über die
Sterblichkeit unter den Arbeitern an den
Panama-Canal-Werken. Die Sterberate unter
denselben ist 11 per 100. Diese Thatsachen werden
eifrig unterdrückt. Dr. Hamilton erklärt, daß das
gelbe Fieber sich vom Siffmus ausdehnen und die
Staaten gefährden dürfte.

Danzig, 2. Februar.

Wetter-Ansichten für Dienstag, 3. Februar.

Privat-Prognose d. „Danziger Zeitung“.

Nachdruck verboten laut Gesetz v. 11. Juni 1870

Bei mäßiger Temperatur und mäßigen Winden
ziemlich besseres Wetter mit keinen oder geringen
Niederschlägen.

* [Von der Weichsel.] Nach den heute ein-
gegangenen Nachrichten wurden die am Freitag
Abend auf der unteren Stredke bis Buhne 6 ober-
halb des Heringkruges geförderten Eisbrecharbeiten
am Sonnabend früh 7 Uhr von den fischalischen
Eisbrecharbeitern wieder aufgenommen. Trotz der
bis Abends 9 Uhr währenden ununterbrochenen
Arbeit konnten die Dampfer jedoch nur langsam
vordrängen, da Unterreis bis zu 25 Meter
Stärke das Brechen überaus erschwerte. Es konnte
daher am Sonnabend nur die Stredke bis Buhne 37
bei Einlage — in einer Länge von 1100 laufende
Meter — gebrochen werden. Die gestern fort-
gesetzten Eisbrecharbeiten führten wiederum eine
Stredke von 1100 laufende Meter — bis Buhne 18
bei Einlage — weiter. Die Arbeit war noch
schwieriger als am Sonnabend, da die Eisbrech-
dampfer bis kurz unterhalb der Buhne 18 Eismassen
von 400 Meter Tiefe zu bewältigen hatten. Von
da ab nahm das Unterreis wieder an Stärke ab.

Auf den oberen Stromstreden sind wesentliche Ver-
änderungen nicht vorgenommen. Wasserstand bei
Biedel 2,12 Meter, Dirschau 2,46 Meter, Nothe-
hude 1,98 Meter, Plehnendorf 3,42 Meter.

* [Probefahrt.] Im Beisein der Herren Bau-
rath Degner, Schiffsbaumeister Klawitter und der
Ingenieure der Klawitter'schen Werft wurde am
Sonnabend Vormittag mit dem neuen Eisbrech-
dampfer „Ossa“ eine Probefahrt von der Mottlau
nach Neufahrwasser und von dort über See nach
der Weichselmündung bei Neufahr unternommen.
Auf der Barre vor der Weichselmündung war zwar
nur die geringe Wassertiefe von 2 Metern vor-
handen; dieselbe wurde aber von der „Ossa“ unter
Begleitung des sie dort erwartenden Transpor-
tdampfers „Jerse“ glücklich passiert. Mit der „Ossa“
wurde demnach sofort ein Probe-Eisbrechen vor-
genommen und obwohl das Weichselis in manchen
Stellen eine erhebliche Stärke hatte, gelangte die-
selbe am Nachmittag weichselaufwärts bis zum
Heringkrug, von wo sich die an der Probefahrt
betheiligten Herren per Wagen nach Danzig zurück-
begaben.

* [Neue Eisenbahnabzweigungen.] Durch ein — wie
per Telegraph bereits gestern Morgen berichtet ist
— am Sonnabend dem Abgeordnetenhaus zuge-
gangenes neues Secundärbahn-Gesetz werden für
Westpreußen 3 100 000 Mk. zu einer Eisenbahn von
Dt. Krone nach Callies; ferner wird für die Er-
bauung eines neuen Geschäftshauses der königl. Ost-
bahn-Direction in Bromberg die Summe von
1 450 000 Mk. verlangt. Für den letzteren Bau
war in der Vorlage vom 24. Jan 1883 eine Summe
von 2½ Mill. Mk. verlangt worden. Das Abgeord-
netenhaus beanstandete diese Forderung wegen ihrer
Höhe und die Staatsregierung hat nochmals eingehend
prüfen lassen, ob das anerkannte Bedürfnis nicht
in anderer, billiger Weise befriedigt werden könne.
Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung ist ein
neues Project aufgestellt worden, dessen Kosten auf
1 450 000 Mk. veranschlagt sind. Die bedeutende
Kostenersparnis ist theils durch wesentliche Ein-
schränkung der zu bebauenden Fläche, Erhöhung des
Gebäudes bis auf 5 Geschosse und Vereinfachung
der Architekturformen erreicht. Ueber die projectirte
neue Eisenbahnlinie Dt. Krone-Callies ent-
nehmen wir der den Gesetzentwurf begleitenden
Denkschrift folgende Angaben:

Die ungefähr 45,1 Kilom. lange Bahnstrecke durch-
zieht auf eine Länge von etwa 31 Kilom. den westlichen
Theil des Kreises Dt. Krone (2157 Q.-Kilom., 67 000
Einwohner), berührt sodann mit etwa 4 Kilom. in dessen
nordöstlichem Theile den Kreis Arnswalde (1264 Q.-Kilom.,
44 000 Einwohner) und bringt mit dem Rest ihrer Länge
von ungefähr 10 Kilom. den Kreis Dramburg (1172 Q.-
Kilom., 37 000 Einwohner) zum Anschluß. Die Möglich-
keit einer eventuellen Weiterführung der Bahn in der
Richtung auf Stargard oder Arnswalde hat bei der
Aufstellung des Projectes Berücksichtigung gefunden. Das
von der projectirten Bahnlinie umfaste Verkehrsgebiet
von rund 1200 Q.-Kilom. mit 26 000 Einwohnern, den
ausgedehnten fischalischen Forstrevieren Schloppe und
Valther und den Orten Stranz (800 Einwohner), Har-
melshof (500 Einwohner), Tütz (2000 Einwohner) und
Callies (3500 Einwohner) enthält einen vorzugs-
weise zur Waldcultivirung geeigneten Boden, für dessen Er-
zeugnisse es bisher Mangels billiger und leistungsfähiger
Transportwege an Gelegenheit zu vortheilhaftem Abfahre
gefehlt hat. Aus gleichem Grunde hat auch die Land-
wirthschaft in dem zu erschließenden Gebietstheile bisher
mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. In industriellen
und gewerblichen Etablissements weist jene Gegend eine
größere Anzahl von Brennereien, Brauereien, Wä-
schereien, Ziegeleien und Stärfabrikanten auf, welche
sich indessen wegen der auf dem Transporte lastenden
großen Kosten nur mit Mühe auf der Höhe ihrer bis-
herigen Production zu halten vermögen. Die Bauhöfen
der Bahn find, abgesehen von dem, den Interessenten zur
Last fallenden Grunderwerbskosten, die voransichtlich die
Summe von 272 000 Mk. erfordern werden, auf
3 160 000 Mk. oder 70 000 Mk. pro Kil. veranschlagt. Unter
Abrechnung des von den Interessenten außerdem noch
in Anspruch genommenen Baarschusses von 60 000 Mk.
waren daher noch 3 100 000 Mk. in den Gesetzentwurf ein-
zustellen.

Endlich werden u. A. noch 6 610 000 Mk. für
eine neue Secundärbahn von Rogafen nach
Jnowrazlaw verlangt. Diese 95½ Kilometer
lange Bahnlinie soll die Kreise Dobrind, Wengrowitz,
Schubin, Mogilno und Jnowrazlaw durch-
schneiden und ein 1600 Quadratkilometer großes
Gebiet mit 60 000 vorwiegend Land- und Forst-
wirthschaft betreibenden Bewohnern aufschließen.
Wesentlich zu flatten kommen wird die neue Bahn
auch der Stadt Jnowrazlaw, welche dadurch für
ihre bedeutenden Salzwerke ein neues werthvolles
Abfahrgelände erhält.

* [Befriedigungen u.] für die Kreuzerfregatte
„Prinz Adalbert“ sind bis auf Weiteres nach Panama,
für die Kreuzercorvette „Marie“ nach Sydney zu
dirigiren.

* [Naturforschende Gesellschaft.] Mittwoch, 4. Febr.,
wird in der Sitzung der Naturforschenden Gesellschaft
(Anlaß des Realgymnasiums zu St. Johann) der rühmlichst
bekannte Reisende Herr Fritz Grabowsky einen Vortrag
über seine Reisen in Süd-Ost-Borneo halten. Derselbe
war bis zum Herbst 1880 Assistent am zoologischen
Museum in Königsberg. Von den Herren Prof. Zaddach
und Prof. Caspary und verschiedenen anderen Gelehrten,
wie von zoologischen und botanischen Instituten unter-
stützt, unternahm er im November 1880 eine natur-
wissenschaftliche Reise nach Borneo. Sehr bald nach seiner
Ankunft in Bandermaasin hatte er im Februar 1881 das
Unglück, sich auf einer Excursion durch einen Sturz in
den rechten Arm lebensgefährlich zu verwunden, sodas er
erst nach mehreren Monaten seine Thätigkeit wieder auf-
nehmen konnte. Unter mehreren größeren Reisen in das
Innere Borneo's ist besonders die im Jahre 1882 nach
dem Oberlaufe des Kapuas-Flusses gemachte hervor-
zuheben. In dem folgenden Jahre fand er längere Zeit
einer größeren Judo-Plantage in Barabai vor. Nach-
dem er im vorigen Jahre nach Europa zurückgekehrt ist,
hat er in Berlin in der geographischen Gesellschaft
in Königsberg in der physikalisch-ökonomischen Gesellschaft
unter großer Anerkennung über seine Reisen berichtet.
Wir hoffen, daß ein solcher Bericht auch hier Anklang
finden wird und bemerken dabei, daß die Naturforschende
Gesellschaft wie immer, so besonders an diesem Abende
Gäste gerne in ihrer Mitte sieht.

* [Denkmal in Hamburg.] Die in Nr. 20 der
„Elbinger Zeitung“ (vom 24. Januar 1885) unter Elbing
enthaltene Nachricht:

„Der früher langjährige Cantor an der Marienkirche
und Begründer und Leiter des hiesigen Kirchenchores,
Herr Th. Odenwald, ist nach Amerika übergesiedelt.
Es scheint als ob Herr Odenwald nicht die Aner-
kennung gefunden hat, welche ihm hier in überreichem
Maße zu Theil geworden ist.“
beruht — wie wir zu unserer Freude aus Hamburg er-
fahren — auf einem Irrthume. Herr Odenwald er-
freut sich in Folge seiner energischen Bestrebungen auf
dem Felde der Kirchenmusik in Hamburg allgemeiner
Anerkennung. Für den von ihm am 1. November 1882
begründeten und geleiteten „Hamburger Kirchenchor“ ist
pro 1885 die Summe von 10 000 Mk. zur Verfügung ge-
stellt worden. Hamburg hat damit anderen Städten ein
sehr nachahmenswerthes Beispiel gegeben. Der Chor hat
im Jahre 1884 außer vielfachen Aufführungen bei den
Gottesdiensten in den Kirchen Hamburgs sieben Concerte
veranstaltet, und zwar in Hamburg, Altona, Rönneburg,
Lübeck und Wandsbeck. Am 23. Februar wird Herr
Odenwald in Hamburg zur Fünfhundert-Jubiläum des Dra-
maticum Johua aufzuführen, in welchem auch Frau Küster
aus Danzig als Zuhälterin der Sopran-Solopartie mit-
wirken wird. Wir wünschen den Bestrebungen des Herrn
D. auch in Zukunft den besten Erfolg.

besonders bezeichneten Theile: H. Köcker — für den lokalen und provin-
ziellen Theil, die Handels- und Schifffahrtsnachrichten; A. Klein — für den
Inseratenthail; A. W. Rafemann, sämmtlich in Danzig.

Concursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **J. Jacoby** zu Neuenburg, wird, da der Gemeinschuldner den Antrag auf Eröffnung des Concursverfahrens selbst gestellt und seine Zahlungsunfähigkeit dargethan hat, heute am 29. Januar 1885, Vormittags 11 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Herr **Hudolf Pohlmann** hier wird zum Concursverwalter ernannt. Concursforderungen sind bis zum 5. März 1885 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Befestigung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 28. Februar 1885,

Vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 19. März 1885,

Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 7, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 5. März 1885 Anzeige zu machen.

Neuenburg Wtpr., 29. Jan. 1885.

Königliches Amtsgericht.

gez. **Jacoby.** (1885)

Beglaubigt

Gende,

Gerichtsschreiber des Königlichen

Unterschieds.

Bekanntmachung.

Zu unser Genossenschafts-Registrierung ist heute folgende Eintragung bewirkt:

Colonne 1. Nr. 10.

Colonne 2. „Danziger Schornsteinfegermeisterchaft, Eingetragene Genossenschaft“.

Colonne 3. Danzig.

Colonne 4. Der Gesellschaftsvertrag datirt vom 24. Januar 1885

und befindet sich Blatt 1 bis 11 des

Beilagesblattes Nr. 10 zum Genossenschafts-Registrierungsbuch.

Gegenstand des Unternehmens ist die

Bekämpfung des Rauchens und

Arbeitslosigkeit, sowie Concurrenz-

machens, sowie Verhütung von Ge-

nosenshaft, welche sich zur Ruhe

gelegt haben, und deren Wittwen und

Waisen.

Den Vorstand bilden:

1. **G. Kirchner**, Obermeister der

Schornsteinfeger-Zunft als Vor-

sitzender.

2. **H. Sagemann**, als dessen

Stellvertreter.

3. **G. Schumacher**, als Schriftführer.

4. **H. Meißner**, als dessen Stell-

vertreter.

5. **H. Biele**, als Revisor.

6. **H. Grunzel**, als dessen Stell-

vertreter.

ad 1, 3 bis 6 in Danzig, ad 2 in

Langfuhr.

Die Bekanntmachungen und Erlasse

der Genossenschaft gehen unter deren

Firma vom Vorstande unterzeichnet

aus, wobei nicht statuten-

mäßig Mittheilung durch Currende

vorgezeichnet ist, durch das Danziger

Intelligenz-Blatt und die „Danziger

Zeitung“ veröffentlicht.

Einladungen zu den General-Ver-

sammlungen erfolgen durch Currende.

Das Verzeichniß der Genossen-

schafter kann jederzeit bei dem unter-

zeichneten Gerichte eingesehen werden.

Danzig, den 28. Januar 1885.

Königliches Amtsgericht X.

Auction.

Mittwoch, den 4. Februar 1885,

Mittags 1½ Uhr, werden wir in

hiesiger Börse, in öffentlicher Auction

— behufs Geschäftsregulierung — an

den Meistbietenden gegen baare

Zahlung verkaufen:

1/2 Antheil im hiesigen Barkschiffe

„**Fried. Wilh. Lebens**“, Abderci

H. Seger & Co. hier.

1/2 Antheil im Barkschiffe, „**Zoni**“,

Abderci Ed. Hauptmann in

Wienwalle.

Lebens liegt in Neufahrwasser,

Zoni in Swinemünde.

Der Zuschlag erfolgt bei anneh-

barem Gebot innerhalb 24 Stunden

nach Schluß der Auction und bleiben

Meistbietende — gegen Hinterlegung

einer Caution von je 1. 60 per Schiff

— bis dahin an ihr Gebot gebunden.

Käufer haben die Auctionsstempel

und die Kosten der Verfertigung des

Beistellens zu tragen. — Verkäufer

zahlen die Auctionsunkosten.

Otto Hundt, A. Wagner,

9456 vereidete Schiffsmaier.

Technicum Einbeck

(Provinz Hannover).

städtische seitens der Kgl.

Preuss. Regierung Insbrenn- und

— höhere Fachschule f. Maschinen-

techniker. Neues Semester 14.

April cr. Auftrags- und erhalten

durch den Director Dr. Stehle

das Programm gratis zugefandt.

9436) Der Magistrat.

Sandmandelkleie

von Apotheker Kirchmann, das

Originalpräparat nach Dr.

Ellinger, nicht mit dem

neuerdings in den Handel ge-

brachten Nachahmungen zu verwechseln,

ist in Danzig allein echt zu haben bei

Alb. Neumann.

Man bittet stets Kirchmann's

Sandmandelkleie zu fordern. (9872)

150 Briefmarken für 1 M.

Alle garantirt echt,

alle verschiedenen, z. B. Canada,

Cap, Indien, Chili, Java, Spanwg.,

Austral., Sardin., Rumän., Brasilien,

Viet., etc. B. Wiering, Hamburg.

Ulmer Münsterbau-Lotterie.

Hauptgewinn baar 75000 M., Loose

à 1. 850 bei

Th. Bertling, Gerbengasse 2

Kinderernährung!

Die beste künstl. Nahrung für

Säuglinge ist Kuhmilch mit

schleimigem Zusatz,

Timpe's Kinderernährung

aber der durch vorzügl. Erfolge

bewährte Zusatz zur Milch.

Ed. à 80 u. 150 S. zu haben in

Danzig bei: **Ad. Nohleder,**

Clephantenapotheke, Rich. Leuz,

Dr. Gerie, H. Scheller (Fr. Hende-

mer's Apoth.), A. Heine, Apoth.

ein Mittel gegen Husten, Heiser-

keit, Verschleimung, Katarrhe u.

hat sich bis heute so vorzüglich

bewährt, wie die aus der heil-

samen Spitzwegerichpflanze her-

gestellten und wegen ihrer sicheren

und schnellen Wirkung jetzt in ganz

Deutschland überall so hochgeschätzten

Spitzwegerich-Bonbons

von

Victor Schmidt & Söhne, Wien.

Depot bei Apotheker **H. Lietzau,**

Albert Neumann, Langgasse

Nr. 2, Rich. Leuz, H. Müller,

Münster-Droguerie, St. Marten-

Droguerie. (3546)

Gegen Husten

40 S. Wucherer's 40 S.

Gummi-Brust-Bonbons.

begünstigt vom Königl. Hofrathe

Dr. **Hudolf v. Wagner**, o. b. Professor

a. d. Universität in Würzburg.

Zu haben bei den Herren Apothekern

Hermann Dietrich, Apotheke zur

„Stadt“, Max Venus, Kgl. Apotheke,

Nr. 39, Rath's-Apotheke, Langgasse

Nr. 73, Edm. Hedinger, Langgasse

Nr. 73, Albert Neumann, Lang-

gasse, Dr. Gerie, Handlung, Magnus

Bradite, Delicatessen-Handlung.

Zur Haarpflege

Königs-China-Rindenwaschung

beseitigt nach einigen Tagen das Aus-

fallen des Haars, kräftigt die

Wurzel, erzeugt bald neues Wachsen

und gehört zu den wenigen wirklich

reellen Mitteln, die an Wirksamkeit

von keinem anderen Präparate er-

reicht worden.

Glycerin-Schuppen-Wasser

entfernt nach 4—5tägigem Gebrauche

Schuppen und Unreinlichkeiten der

Kopfhaare und ermöglicht dadurch eine

frühe Entwicklung des Haarwuchses.

Haarfärbemittel

für jeden Farbenton, echt u. bleibend,

empfehlen in bewährten und viel-

bekannter vorzüglicher Beschaffenheit

Bernh. Lyncke,

Seilige Geistgasse 2,

am Holzmarkt. (9904)

Neu!!

Chignon's

leicht und bequem zur modernen

hohen Frisur von 3—8 M. in

reicher Auswahl. Diefelben

sind, nachdem das eigene Haar

hoch gebunden oder geflochten,

einfach aufzustechen und vervoll-

ständigen geschmackvoll die Frisur.

Hochachtungsvoll

Egbert Sauer,

Fraueugasse 52. (9836)

Barne, gute Kleidung.

Geradezu unermesslich und für

Sturm, Regen und Unwetter beson-

ders geeignet, sind unsere Schwarz-

wälder Wadenstoffe, Wadenstoffe

und Alpenstoffe, 130—140 cm breit, à

4½—8.— pro Meter. Schon die Cor-

ten à 1. 6.— entsprechen vollständig

allen Anforderungen eines gutstehen-

den Mannes, während unsere

Alpenstoffe à 1. 4½ ihres originellen

Aussehens halber auch in den besten

Ständen zahlreiche Verehrer besitzen.

Wir empfehlen ferner unsere schweren

grauen Kirz, Duntigloth und Bux-

sin besten. Muster aller Sorten stehen

franco zu Diensten. Jedes beliebige

Maß wird abgegeben. Gebrüder **Feld,**

Zuchfabrikanten, Bismarck im badisch,

Schwarzwald. (7431)

Beste dreifach gefiehte

Grimsby Ritzfahlen

sowie beste gefiehte

Maschinenfahlen

für den Hausbedarf empfiehlt

billigst (3433)

Th. Barg,

Comptoir: Hundegasse 36.

Lager: Hofengasse 35.

Jch liefere franco Haus:

1. Rammeter fichten oder fichten

Klobenholz, zu Sparherbholz gefeint,

f. 8 M., 1 Rammeter buchen **Kloben-**

holz, zu Sparherbholz gefeint, für

9,25 M., bei zwei u. mehreren Metern

kostet fichten oder fichten 7,50 M.,

buchen 9 M. d. Meter. Wird nur

1 Meter gefeintes Holz gewünscht,

so kostet fichten oder fichten Holz der

Met. 6 M., buchen Holz der Met. 7

M. Die übrigen Brennmaterialien

empfehle zu üblichen Marktpreisen

und bittet um Aufträge (9840)

Adolph Zimmermann,

Holzmarkt Nr. 23

und Laßballe Nr. 34.

Annahmestelle: Große Krämergasse 8.

Mit dem 1. Februar habe ich im Anschluß an meine Maschinen-

fabrik und Metallgießerei eine

Eisengießerei

eröffnet zur

Herstellung v. Bauconstructions-

und Maschinenteilen aller Art

nach eingelefertem und eigenen Modellen

in bedeutender Auswahl.

Ich werde bestrebt sein durch sauberste Ausführung in kürzester

Frift und durch billige Preise allen Anforderungen zu genügen und

bittet um Zuwendung geschäftlicher Aufträge. (9953)

J. Zimmermann,

Danzig, Steindamm 7.

Ulmer Münsterbau-Lotterie.

Haupttreffer:

75000, 30000, 10000 M. etc,

in baarem Gelde ohne jeden Abzug.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnissnahme, daß

die Ziehung der III. Serie unserer 3-Mark-Loose

am 23., 24. und 25. Februar d. J.

im Rathssaale stattfindet. (9792)

Wm, den 28. Januar 1885.

Der Vorstand d. Münsterbau-Comités.

Detan Pressel. Oberbürgermeister Hein.

Patentirt in fast

allen

Staaten.

Oehler's

Fußboden-Wische

für harten und weichen Fußboden in gelb, gelbbrauner,

brauner und Naturfarbe.

Endlich nach zahllosen und mühevollen Versuchen ist es gelungen, eine

Fußbodenwische herzustellen, welche alle anderen bisher bekannten Fußboden-

wischen und Lade insofern ihrer einfachen Anwendungsweise, Billigkeit und

prachtvollen Glanzes weit übertrifft.

Vorteile: 1. Kein Kochen notwendig, da diese Wische vollständig

streichfertig ist. 2. Anwendbar durch jedes Hausmädchen oder Hausburschen.

3. Trodnet innerhalb einer halben Stunde. 4. Das mühevollen Bürsten über-

flüssig, da ein prachtvoller Glanz schon durch einmaliges leichtes Abreiben

mittels eines Wolllappens oder Bürste zum Vorschein kommt. 5. Nähet das

Holz, da diese Wische kein Wasser enthält. 6. Größte Haltbarkeit und höchst